



Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

42. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, Punkt 8 „Fortschreibung des ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplans des Landes Nordrhein-Westfalen (IFP) nach § 7 Abs. 2 ÖPNVG NRW und Feststellung des besonderen Landesinteresses im Einzelfall nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4“, Bericht der Landesregierung, von der Tagesordnung abzusetzen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)

Vorlage 16/2183
Vorlage 16/6317 (Neudruck)
Vorlage 16/2168 (Erläuterungsband) und
Vorlage 16/2251

Hier: Einzelplan 09

- Allgemeine Aussprache 6
- 2 Ergebnisse der letzten Verkehrsministerkonferenz 14**
Vorlage 16/2318
 - Bericht durch Minister Michael Groschek (MBWSV) 14
 - Aussprache 14
- 3 Mobilität für alle! Sozialticket flächendeckend und zu fairen Konditionen in Nordrhein-Westfalen einführen 21**
Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5277
Ausschussprotokoll 16/615
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 16/615

Mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP sowie
gegen die Stimmen der Piraten lehnt der Ausschuss den
Antrag ab.
- 4 Vorweggehen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge 23**
Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6676

Mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP sowie
gegen die Stimmen der Piraten empfiehlt der Ausschuss
dem federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt,
Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den
Antrag abzulehnen.

5	Planfestgestellte Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen seit 2010	25
	Vorlage 16/2258	
	– Aussprache	25
6	Planfestgestellte Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen	27
	Vorlage 16/2258	
	– Aussprache	27
7	Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)	28
	Vorlage 16/2319	
	– Aussprache	28
8	„Fortschreibung des ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplans des Landes Nordrhein-Westfalen (IFP) nach § 7 Abs. 2 ÖPNVG NRW und Feststellung des besonderen Landesinteresses im Einzelfall nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4“	32
	– Bericht der Landesregierung Vorlage 16/2320	
	Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.	
9	Stadtentwicklung und Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen	33
	– Bericht der Landesregierung Vorlage 16/2355	
	– Aussprache	33
10	„Mittelabfluss der sozialen Wohnraumförderung 2014 – Stand 30. September 2014“	35
	Vorlage 16/2321	
	– Aussprache	35

**11 Bauen mit Holz erleichtern – Bauordnung Nordrhein-Westfalen
ändern! 37**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6687 (Neudruck)

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die
Stimmen von CDU, FDP und Piraten lehnt der Ausschuss
den Antrag ab.

12 Gesetz zur Änderung des Baukammergesetzes 40

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6752

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

**13 Entwurf einer Verordnung zur Übertragung von Befugnissen auf das
Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Übertragungsverordnung –
DIBt-ÜtVO) 41**

Vorlage 16/2304

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und
Verkehr ist gehört worden.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)
Vorlage 16/2183
Vorlage 16/6317 (Neudruck)
Vorlage 16/2168 (Erläuterungsband) und
Vorlage 16/2251

Hier: Einzelplan 09

Vorsitzender Dieter Hilser leidet ein, die Einführung durch den Minister sei in der letzten Sitzung erfolgt, sodass absprachegemäß heute die allgemeine Aussprache erfolge. In der nächsten Sitzung am 20. November finde die abschließende Beratung und Abstimmung statt.

Bernhard Schemmer (CDU) führt aus, während seit 2010 das gesamte Haushaltsvolumen um weit über 20 % gestiegen sei, bleibe der Bereich Bauen und Verkehr seit Jahren unverändert. Dies zeige, dass der Minister innerhalb des Kabinetts 20 % seines Gewichts verloren habe. Der Bereich Bauen und Verkehr scheine für Rot-Grün unwichtig geworden zu sein.

Die Haushaltsmittel stiegen um 12,6 Millionen €. Da jedoch die Regionalisierungsmittel des Bundes um 17 Millionen € erhöht würden, nehme der Haushalt faktisch ab.

Der Bundeshaushalt sei im Juni verabschiedet worden. Somit habe zwei Monate lang Zeit bestanden, dies im Haushaltsplan für NRW zu berücksichtigen. Dies sei jedoch nicht geschehen.

Die Anzahl der Bauingenieure beim Landesbetrieb Straßen habe sich von 2010 bis 2014 um mehr als 100 reduziert. Im Haushalt 2014 seien 20 neue Stellen vorgesehen gewesen. Darum habe sich aber offenbar niemand gekümmert. Bis Mai seien die Stellen nicht einmal ausgeschrieben worden. Angesichts der desolaten Planungssituation könne er dies nicht nachvollziehen. Darüber hinaus weise er darauf hin, dass, selbst wenn es 20 Bauingenieure mehr gäbe, dies immer noch 80 weniger seien als 2010.

Im letzten Jahr seien 42 Millionen € Bundesmittel an den Bund zurückgegeben worden. Im Jahre 2011 habe die damalige rot-grüne Landesregierung Planungen für Landes- als auch für Bundesstraßen schlicht eingestellt. Aufträge von Bauingenieuren seien zurückgezogen worden. Da aber 42 Millionen € zurückgegebene Bundesmittel keinen guten Eindruck machten, habe der Minister seine Meinung geändert. DEGES, die für viele andere Länder plane und koordine, sei dann ab Dezember/Januar wieder in Anspruch genommen worden.

Finanzmittel für die von der Landesregierung geplanten Schnellradwege könne er im Haushalt nicht finden.

Für den Erhalt und Neubau von Landesstraßen seien 137 Millionen € veranschlagt worden. Dies seien nach wie vor 10 % weniger als zur schwarz-gelben Regierungszeit im Jahre 2009. In den letzten vier Jahren habe es lediglich einen neuen Baubeginn gegeben. Hiermit erreiche man nicht einmal das Niveau des Saarlandes.

Unter einem anderen Tagesordnungspunkt werde das Städtebauförderungsprogramm 2014 beraten. Dass dies erst zwei Monate vor Jahresende und ein Jahr nach den Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 geschehe, könne er nicht nachvollziehen. Darüber hinaus seien die Erhöhungen der Bundesmittel Mitte des Jahres zur Verfügung gestellt worden. Vier Monate lang sei man also nicht in der Lage gewesen, das Mehr an Geld im Programm umzusetzen. Ein Städtebauförderungsprogramm sollte zu Beginn eines Jahres vorgelegt werden.

Zur Wohnraumförderung würden seitens des Bundes 97 Millionen € zur Verfügung gestellt. Damit könnte ein Programm mit einem Volumen von 1 Milliarde € durchaus finanziert werden. Zwar seien laut Haushaltsentwurf 800 Millionen € dafür vorgesehen, er gehe aber davon aus, dass es wieder bestenfalls 500 Millionen € würden. Dies zeige, dass die Landesregierung kein wohnungsbaupolitisches Konzept habe, um dieses Land voranzubringen.

Die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer und die Verteuerungen sowohl im Mietwohnungsbereich als auch im Eigentumsbereich machten die Konzeptlosigkeit der Landesregierung deutlich. Dies sei nicht gut für dieses Land.

Reiner Breuer (SPD) entgegnet, der Abgeordnete Schemmer zeichne ein Zerrbild, das mit der Realität nur wenig zu tun habe.

Der Haushalt sei in den letzten Jahren mitnichten unverändert geblieben. Ein Blick in den Haushalt zeige eine deutliche Steigerung. Offensichtlich habe der Abgeordnete Schemmer die 2. Ergänzungsvorlage nicht richtig zur Kenntnis genommen. Das Volumen des Haushalts 2015 sei um knapp 50 Millionen höher als das des Haushalts 2014. Dies zeige, dass der Minister nicht an Gewicht verloren, sondern massiv zugenommen habe. Durch diesen Haushalt werde die Konjunkturlokomotive wieder in Fahrt gebracht. Gleichzeitig werde im konsumtiven Bereich auf die Schuldenbremse getreten, ohne eine Vollbremsung zu machen und den Konjunkturmotor ins Stottern zu bringen. Ziel sei eben nicht die schwarze Null als Selbstzweck. Schwarze Nullen gebe es in diesem Landtag bereits genug.

Dieser Haushalt liefere umweltfreundlichen Treibstoff für mehr Mobilität. Er sei ein verlässliches Instrument zur Städtebauförderung und damit zur Unterstützung der Kommunen in den Quartieren. Darüber hinaus sei dieser Haushalt ein solides, in Zahlen gegossenes Fundament für eine lebenswerte Baupolitik und für bezahlbares Wohnen.

Im Bereich des Landesstraßenbau agiere Rot-Grün nach dem Motto: Erhalt vor Neubau. Dies werde konsequent umgesetzt. Die Mittel für den Erhalt der Landesstraßen würden auf 100 Millionen € angehoben. Damit werde eine Forderung des Landes-

rechnungshofs umgesetzt. Darauf sei man sehr stolz. Im Neubaubereich konzentriere man sich auf die notwendigen Maßnahmen. Das entsprechende Programm werde voraussichtlich in der nächsten Sitzung mit einem Einvernehmen versehen. Netto würden in diesem Jahr 5 Millionen € zusätzlich bereitgestellt.

Der Landesbetrieb Straßen.NRW werde weiterhin handlungsfähig erhalten. Hier seien erhöhte Zuweisungen erforderlich geworden. Es würden enorme Mittel umgesetzt, nämlich mehr als 1 Milliarde €. Insofern passiere etwas, und es sei kein Stillstand.

Des Weiteren werde dafür Sorge getragen, dass die erforderlichen Stellen für die Forcierung der Planungen bereitgestellt werden könnten. Hierzu solle auch die DEGES herangezogen werden, um bestimmte Planungen zu forcieren. Dies zeige, dass die Versäumnisse der schwarz-gelben Landesregierung nun aufgeholt würden. Nichtsdestotrotz werde der Landesbetrieb einen Konsolidierungsbetrag erbringen müssen. 5,7 Millionen € würden im Jahre 2015 dort strukturell eingespart. Dies solle ab 2017 auf 10 Millionen € pro Jahr angehoben werden.

Für den kommunalen Straßenbaus stünden jährlich 130 Millionen € bis zum Jahre 2019 zur Verfügung. Dies werde durch das Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz sichergestellt. Dieses Geld komme im kommunalen Straßenbau auch an. Er gebe aber zu bedenken, dass in diesem Bereich Bindungen bis zum Jahre 2019 reichten, sodass nicht in jedem Jahr neue Maßnahmen befördert werden könnten.

Ein Schwerpunkt bleibe die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Das Fördervolumen erreiche das Rekordniveau von mehr als 1,55 Milliarden €. Dies sei eine Steigerung von 17,5 Millionen €. Er prognostiziere, dass dieses Volumen im nächsten Jahr noch getoppt werde. Denn der Minister habe auf Bundesebene einen herausragenden Erfolg erzielt, indem er die Anerkennung der anderen Länder erreicht habe, dass Nordrhein-Westfalen 19 % der Mittel beanspruchen könne. Der Kieler Schlüssel mache deutlich, dass die anderen Länder und der Bund den Bedarf des Landes Nordrhein-Westfalen erkannt hätten. Er hoffe, dass der Bund das umsetze, was die Verkehrsministerkonferenz vorgeschlagen habe. Nordrhein-Westfalen brauche dieses Geld, um weiterhin die Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr erbringen zu können. Darüber hinaus erbringe Nordrhein-Westfalen aber auch eigene Beiträge, nämlich 130 Millionen € für den Ausbildungsverkehr und 30 Millionen € für das Sozialticket, an dem nicht gerüttelt werde.

Ziel sei weiterhin, den RRX auf die Schiene zu setzen. Erfreulicherweise habe die DB Regio eine Niederlage vor dem Gericht erlitten, sodass nun die entsprechenden Ausschreibungen vorangebracht werden könnten. Mit allen Beteiligten hoffe man, dass man 2018 einen deutlichen Schritt weiter sei. Die Voraussetzungen dafür seien jedenfalls geschaffen. Das Gleiche müsse im Güter- und Logistikbereich geschehen. Hier spiele die Betuwe-Linie eine entscheidende Rolle.

Hinsichtlich der Häfen habe man die erforderlichen Vorschläge unterbreitet. Hierauf werde die Landesregierung sicherlich alsbald eine Antwort geben.

Auch für die Flughäfen würden Mittel bereitgestellt, beispielsweise 20 Millionen € für die Sicherheit der Flughäfen.

Die Städtebauförderung sei ein verlässliches Instrument bei der Unterstützung der Kommunen zur Schaffung von Heimat vor der Haustüre im Quartier. Die Kommunen würden weiterhin darin unterstützt, den demografischen, sozialen und ökonomischen Wandel zu bewältigen und Klimaschutz aktiv zu betreiben. Man werde bei dem integrierten Förderansatz bleiben und versuchen, Städtebauförderung und Wohnungsbau miteinander zu verzahnen. Aktiv werde in Sozialräume investiert, sodass praktische Präventionspolitik betrieben werde.

Er begrüße, dass auf Bundesebene eine andere Schwerpunktsetzung hin zur Sozialen Stadt erfolge, ein Projekt, das sozusagen in Nordrhein-Westfalen geboren worden sei. 700 Millionen € würden dafür zur Verfügung gestellt.

Dieser Haushalt sei ein solides Fundament für lebenswertes Bauen und bezahlbares Wohnen. Es bleibe dabei, dass ein erheblicher Beitrag für das kulturelle Erbe im Denkmalschutz geleistet werde. Es bleibe bei der Zuschussförderung. 50 Millionen € würden dafür bereitgestellt. Auch die NRW.BANK habe ein entsprechendes Förderprogramm neu aufgelegt. Nordrhein-Westfalen brauche sich auch im Vergleich zu anderen Ländern hier nicht zu verstecken.

Dies gelte auch für den Bereich der Sicherung von bezahlbarem Wohnraum. Die soziale Wohnraumförderung ziehe wieder an. Die vorgenommene Umsteuerung entfalte Wirkung, da nunmehr Verlässlichkeit für die Unternehmen geschaffen werde. Jährlich würden 800 Millionen € dafür bereitgestellt. Er sei sich sicher, dass durch die Anhebung der Grunderwerbsteuer die Bauwirtschaft nicht abgewürgt werde. Die Förderkonditionen seien nach wie vor so reizvoll, dass in Nordrhein-Westfalen investiert werde. Entscheidend dafür werde sein, dass die Kommunen ausreichend Wohnbauflächen zur Verfügung stellten. Auch dafür würden seitens des Landes Unterstützungsprogramme angeboten, zum Beispiel der Flächenpool NRW, der fortgesetzt werden solle.

Nordrhein-Westfalen habe die von CDU und FDP auf Bundesebene beschlossene erste Mietpreisbremse umgesetzt. Auch die zweite Mietpreisbremse für Wiedervermietungen werde, sobald sie auf Bundesebene beschlossen worden sei, in Nordrhein-Westfalen zügig umgesetzt. Dadurch würden Explosionen von Mietpreisen entgegengewirkt.

Würde man das Land NRW mit einem Schiff vergleichen, auf dem der Abgeordnete Schemmer Kapitän sei, dann wäre dieses Schiff schon längst versenkt worden. Er sei froh, dass mit Käpt'n Groschek ein quirliger Kapitän auf der Brücke stehe, der das Land Nordrhein-Westfalen durch sicheres Gewässer führe und einen klaren Kurs habe. Er werde mit den Regierungsfractionen dafür sorgen, dass mit diesem Haushalt nachhaltige Mobilität gesichert werde.

Oliver Bayer (PIRATEN) legt dar, er gebe dem Abgeordnete Schemmer recht, dass im Bereich Bauen und Verkehr nichts passiere – lediglich neue Worte, aber keine neuen Taten. Einen Mittelzuwachs gebe es nur deshalb, weil sich die Bundesmittel erhöhten.

Was den Kieler Schlüssel angehe, weise er darauf hin, dass noch nichts in trockenen Tüchern sei, sodass dies natürlich noch nicht im Haushalt abgebildet werden könne. Vor dem Hintergrund interessiere ihn, wie sich dies im Haushalt 2015 niederschlage, falls es tatsächlich eine Mittelerhöhung gebe.

Im Vergleich zu anderen Ministerien und auch Bundesländern stehe dieser Haushalt sehr schlecht dar, obwohl doch jeder wisse, dass für die Infrastruktur wesentlich mehr Mittel benötigt werde. Er entnehme dem Haushalt weder, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt werde, noch eine Änderung der Priorisierung. Die bisherige Priorisierung habe doch die Infrastruktur vor die Wand gefahren, und hieran werde sich nichts ändern. Dies sei ein Armutszeugnis.

Auch im Bereich Nahmobilität gingen Worte und Taten weit auseinander. Als Beispiel nenne er die Radschnellwege. Mittel für diesen Bereich könne er dem Haushalt nicht entnehmen.

Für den ÖPNV gebe es keinen Zuwachs, sondern pro Personenkilometer eine Verringerung der Mittel. Die Ausbildungspauschale sei seit Jahren unverändert. Vom Bund werde stets eine Dynamisierung der Mittel verlangt, aber man selber tue es nicht. Die Kosten stiegen, aber die Mittel blieben gleich.

Bezüglich des Sozialtickets sehe sich der Verkehrsminister nicht in der Zuständigkeit, sondern dies solle lieber über die Sozialministerien laufen, was bedeute, dass das Sozialticket Ende 2015 auszulaufen scheine.

Die Landesregierung habe verkürzte Klageverfahren und eine schnellere Bürgerbeteiligung angekündigt, sodass die Instandhaltung der Infrastruktur schneller vorangetrieben werden könne. Hierfür müsse jedoch etwas in die Hand genommen werden. Bürgerbeteiligungen müssten verbessert werden. Besser und schneller machen gehe nur, wenn Mehraufwand betrieben werde. Dies könne er aber nicht erkennen.

Auch was die Ingenieure bei Straßen.NRW angehe, passiere nur das, was passieren müsse. Das Gleiche gelte für die Entwässerung der Landesstraßen. Zwar sei hierfür Geld im Haushalt veranschlagt worden, weil NRW ja an einige Kommunen etwas zahlen müsse, das grundsätzliche Problem, das dahinterstehe, werde jedoch nicht gelöst. Weiterhin unbeantwortet bleibe die Frage, ob Stadtwerke für die Entwässerung von Landesstraßen Geld verlangen dürften oder nicht.

Dringend benötigt werde ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Hiervon sei im Haushalt jedoch nichts zu sehen. Dies finde nur in Worten statt. Wenn kein Umdenken stattfinde, würden sich die Infrastrukturprobleme weiter häufen.

Laut Begründung des Haushalts komme ein Neubau von Umgehungsstraßen oder Entlastungen nur dort infrage, wo es unumgänglich sei. Dies bedeute eben nicht Erhalt vor Neubau, sondern dies sei eine nette Beschwichtigungsformel. Auch das zeige, dass sich nichts ändere.

Dies gelte auch für den Wohnungsbereich. Als Beispiel nenne er die Denkmalförderung, soziale Wohnraumförderung und die Städtebauförderung. Zwar übernehme das Land im Bereich der Städtebauförderung seinen Anteil, dies könne sich jedoch nicht das Land auf die Fahnen schreiben.

Die Mietpreisbremse sei nicht haushaltsrelevant. Haushaltswirksame Dinge würden nicht angepackt.

Das Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz zu verabschieden, sei gut gewesen, um zumindest den Boden zu erhalten, auf dem etwas aufgebaut werden könne. Auch dass eine Festlegung der Mittel erfolgt sei, begrüße er. Ihn hätte jedoch gefreut, wenn die Priorität mehr in Richtung ÖPNV gesetzt worden sei, zum Beispiel 60:40.

Holger Ellerbrock (FDP) lässt verlauten, im Privathaushalt würden schwarze Nullen in der Regel erreicht, weil dies notwendig sei. Die Landesregierung habe hiermit jedoch große Schwierigkeiten. Wer keine schwarze Null erreiche, überwälze letztendlich die Kosten auf die nachfolgende Generation. Dies sei unsozial.

Schwarz-Gelb habe für die Landesstraßen 172 Millionen € zur Verfügung gestellt. Nun stünden 137 Millionen € zur Verfügung. Dies sei mitnichten eine Steigerung.

Im Verkehrshaushalt sei fast alles wechselseitig deckungsfähig. Damit sei eine Transparenz nicht gegeben.

Kw-Stellen müssten verwirklicht und Ingenieurleistungen langfristig orientiert hinzugekauft werden. Gleichwohl sei die Arbeit mit den kw-Stellen nach wie vor richtig.

Eine globale Minderausgabe sei ja der Rettungsanker für die Landesregierung, da nicht mitgeteilt werden müsse, wo gespart werde. In der jetzigen Situation wäre es aber hilfreich, den Sparwillen auch zu dokumentieren.

Informations- und Telekommunikationstechnologie werde seit Jahren im täglichen Leben preiswerter. In den Haushalten der Ministerien ändere sich jedoch nichts an den hohen Summen, oder es wachse sogar. Was im Allgemeinen günstiger werde, müsse eigentlich auch im öffentlichen Bereich günstiger werden.

Für Sachverständigengutachten würden 2,5 Millionen € veranschlagt. Ihn interessiere, wofür genau dies ausgegeben werden solle. Es sollte einmal eine Zusammenstellung zur Verfügung gestellt werden, aus der hervorgehe, welche Gutachten beauftragt worden sei und was daraus resultiere.

Rolf Beu (GRÜNE) sagt, offenbar befänden sich SPD und Grüne auf der einen Seite und Piraten, FDP und CDU auf der anderen Seite in unterschiedlichen Welten. Darüber hinaus habe er immer das Gefühl, dass er jedes Jahr dasselbe höre. Möglicherweise sollte man einmal darüber nachdenken, innovativ anders tätig zu werden.

Seitens der Opposition werde stets nach mehr Geld gerufen. Rot-Grün gebe so viel Geld aus, wie notwendig sei und man zur Verfügung stellen könne, um die entsprechenden Zwecke zu erreichen. Die großen Ausgabenblöcke blieben konstant. 15 Millionen € zusätzlich würden für die Implementierung von DEGES zur Verfügung gestellt, damit Planungen für Bundesstraßen vorgenommen werden könnten.

Der Abgeordnete Bayer habe moniert, dass tatsächlich nichts geändert werde. In diesem Zusammenhang erinnere er daran, dass die Erhaltungsinvestitionen an Lan-

desstraßen um mehr als 10 % auf jetzt 100 Millionen € erhöht worden seien. Dies zeige, dass sehr wohl etwas passiere.

Für Rot-Grün gelte weiterhin Erhalt vor Neubau. Es mache doch keinen Sinn, permanent neue Sachen zu beginnen. Alles, was begonnen worden sei, werde fertiggestellt, aber im Rahmen einer Gesamtverantwortung für das Land.

Bei den Bezirksregierungen gebe es zusätzlich zehn Stellen für die Bearbeitung von Planfeststellungsverfahren.

Dies alles zeige, dass es sehr wohl Veränderungen gebe.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) führt aus, selbstverständlich sei es die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kritisieren. Dies gehe natürlich am einfachsten, ihr Tatenlosigkeit vorzuwerfen. Derartige Kritik finde sie in Ordnung, aber es müsse doch in der Sache substantiell sein. Bezüglich der Städtebauförderung verweise sie nur auf die 33 Millionen € mehr in der Ergänzungsvorlage für die Kofinanzierung. Dies sei das Ergebnis einer politischen Prioritätensetzung. Selbstverständlich könne darüber diskutiert werden, ob es richtig oder falsch sei, im Bereich der Städtebauförderung mehr zu tun. Die Koalition vertrete die Auffassung, dass dies richtig sei. Diesbezüglich spreche sie ein Lob an die Große Koalition in Berlin aus, weil dies überfällig gewesen sei.

Darüber hinaus begrüße sie, dass das Programm Soziale Stadt wieder so ausgestaltet werde wie in der Vergangenheit. Hier verweise sie nur auf die Situation von Kommunen mit strukturellen Problemen.

Selbstverständlich könnte seitens der Opposition die Zusammenführung von Städtebauförderung und Wohnungsbauförderung des Landes im Quartier kritisiert werden. Hierzu höre sie aber nichts. Die Grundlinien der Politik der Landesregierung im Bereich der Stadtentwicklung und der Wohnungsbauförderung würden im Grunde genommen seitens der Opposition unkommentiert stengelassen. Die Opposition beschränke sich auf die Forderung nach mehr Geld. Deckungsvorschläge würden jedoch nicht unterbreitet. Ihrer Ansicht nach sollte ein Parlament etwas differenzierter diskutieren.

Sie begrüße den Flächenpool und dass die Städtebauförderung trotz schwieriger Haushaltsbedingungen so ausgestaltet werde, dass kein Bundesgeld verfalle. Es werde dafür Sorge getragen, dass dieses Geld in die nordrhein-westfälischen Kommunen fließe.

Auch in der Wohnraumförderung finde eine Mittelkonzentration auf die schwierigen Wohnungsmärkte statt. Die Mietpreisbremse sei hier ein gutes Instrument. Es sei die richtige Ordnungspolitik für die nordrhein-westfälischen Wohnungsmärkte mit besonderen Wachstumsproblemen.

Insgesamt finde sie die Rahmenbedingungen richtig gesetzt. Wenn man sie anders setzen wollte, dann müsste dies mit etwas mehr Substanz vorgetragen werden.

Die sogenannten ländlichen Räume in NRW würden in den nächsten Jahren Schwierigkeiten bekommen. Grund dafür seien strukturelle Probleme, zum Beispiel Ärztemangel. Hiermit müsse man sich zukünftig intensiv auseinandersetzen.

Bernhard Schemmer (CDU) merkt an, die Diskussion, dass die öffentlichen Haushalte unterfinanziert seien, brauche man hier nicht zu führen. Vielmehr stelle sich die Frage, warum Nordrhein-Westfalen wesentlich mehr Schulden mache als alle anderen Bundesländer zusammen. Dies sollte zu denken geben.

Was die Haushaltsentwicklung im Bereich Bauen und Wohnen angehe, verweise er auf die Haushaltspläne der vergangenen Jahre. Er bleibe bei der Feststellung, dass sich die Mittel um 12 Millionen erhöhten, wovon jedoch 17 Millionen € vom Bund stammten. Faktisch reduziere das Land seine Mittel für diesen Bereich.

In Anbetracht des Kieler Schlüssels hätte er erwartet, dass ein neuer Haushaltsansatz erstellt werde. Dies sei bislang jedoch nicht geschehen.

Oliver Bayer (PIRATEN) merkt an, die von den Abgeordneten Schneckenburger und Beu genannten Maßnahmen seien lediglich Beispiele für Baustellen, die sowieso dringend angegangen werden müssten. DEGES sei doch nur eine Übergangslösung. Auch zehn zusätzliche Stellen in den Bezirksregierungen seien dringend notwendig gewesen, denn ansonsten werde das Projekt Betuwe nicht bearbeitet werden können. Insofern zeigten diese Maßnahmen nicht, dass sich etwas verändere.

Das Gleiche gelte für die von der Abgeordneten Schneckenburger genannten 33 Millionen € für die Städtebauförderung. Dies seien lediglich 0,05 % des Gesamthaushalts. Der Hinweis darauf, dass man damit kein Bundesgeld verfallen lasse, mache doch deutlich, dass nur das Nötigste getan werde.

Darüber hinaus habe die Abgeordnete Schneckenburger die ländlichen Räume angesprochen. Mittel dafür könne er im Haushalt nicht erkennen. Derzeit gebe das Land das Geld lediglich in die Wachstumsregionen und in die Regionen Düsseldorf bis Bonn. Kommunen, die Probleme mit Wegzug hätten, würden nicht unterstützt.

Minister Michael Groschek (MBWSV) bedankt sich beim Ausschuss für die nachdenklichen Hinweise. Soweit sie bemerkenswert seien, werde er in der Haushaltsrede im Plenum darauf eingehen.